

1073/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten G. Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Umsetzung der Resolution des Landtages von Oberösterreich über Maßnahmen zur Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke

Der Oberösterreichische Landtag hat sich in den letzten Jahren intensiv mit dieser Angelegenheit befasst und seine ablehnende Haltung, insbesondere zum Atomkraftwerk Temelin wiederholt deutlich dargelegt (zuletzt mit der Resolution vom 10. Juni 1999 betreffend die verpflichtende Einbindung des AKW Temelin in die EU - Beitrittsverhandlungen mit Tschechien - Beilage 546/1999, XXV GP, und der Resolution vom 9. November 1999 betreffend die Präzisierung der österreichischen Position im Rahmen der EU - Beitrittsverhandlungen zum Kapitel Energie - Beilage 665/1999, XXV GP). Der zur Beratung der Vorgangsweise zur Anti - Atom - Linie des Landes Oberösterreich eingesetzte Unterausschuss hat sich bereits mehrmals mit diesem Thema eingehend auseinandergesetzt und auch entsprechende Strategien, besonders zur Verhinderung des grenznahen AKW Temelin, ausgearbeitet.

Da das enorme Gefährdungspotential grenznaher Atomkraftanlagen jedoch vor Landesgrenzen nicht halt macht und auch andere Bundesländer betroffen sind, haben am 4. März 1999 auf Initiative des Oberösterreichischen Landtages Abgeordnete des Oberösterreichischen Landtages mit Landtagsabgeordneten aus Niederösterreich, Salzburg und Wien weitere Vorgangsweisen zur Verhinderung des grenznahen Atomkraftwerkes Temelin beraten. Zur Fortsetzung dieser Gespräche hat ein weiteres Treffen von Landtagsabgeordneten dieser Bundesländer in St Pölten am 18. Mai 1999 stattgefunden, wobei neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem gegenständlichen Thema auch vereinbart wurde, in den weiteren Gesprächen Vertreter aller Bundesländer einzuladen.

Schließlich hat am 9. Mai 2000 in Salzburg eine weitere Gesprächsrunde zum Erfahrungsaustausch zur Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke stattgefunden, wobei an dieser Sitzung Landtagsabgeordnete aller österreichischen Bundesländer sowie auch ein Vertreter des für die Atompolitik zuständigen Bundesministers für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft teilgenommen haben. Dabei kam zum Ausdruck, dass sich die anwesenden Landtagsabgeordneten darin einig sind, dass

- a) Österreich sich weiterhin für ein atomkraftwerkfreies Europa einsetzen muss und die Errichtung und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken und sonstigen kerntechnischen Anlagen auch in Zukunft entschieden abzulehnen ist;
- b) diese Überzeugung Österreichs in adäquater Weise auf europäischer Ebene eingebracht werden soll, wobei der Entwicklung von Ausstiegsszenarien, insbesondere im Rahmen der Beitrittsverhandlungen, und umfassenden Reformen des Energiesektors hohe Bedeutung zukommt: Insbesondere sollte Österreich weiterhin auf Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energieträger setzen, sowie mit den jeweiligen Regierungen über konkrete Ausstiegskonzepte und Finanzierungsmöglichkeiten verhandeln, wobei die Bundesländer etwa im Rahmen des Internationalen Klimabündnisses vorbildlich agieren sollen. Auf europäischer Ebene ist insbesondere die volle Berücksichtigung der Kostenwahrheit des Preises von Atomstrom einzufordern;
- c) alle Möglichkeiten auszuschöpfen sind, sowohl in der Außenpolitik als auch in grenzüberschreitenden Kontakten der Länder, auf die Stilllegung und Nichtinbetriebnahme insbesondere grenznaher Atomkraftwerke hinzuwirken;
- d) der Festsetzung von „Freigabe - Grenzwerten“ entgegenwirken ist, unterhalb derer radioaktiver Schutt und Schrott nicht mehr als radioaktiv gelten sollen und ungehindert bzw undeklariert in den Handel kommen können,
- e) auf politischer Ebene offensive Verhandlungen mit Tschechien über einen Baustopp von Temelin zu führen sind und im Falle weiterer Umweltverträglichkeitsprüfungen eine breite öffentliche Einwendungskampagne in Österreich durchzuführen ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Schritte unternahmen Sie, um eine fundierte und koordinierte Information sicherzustellen?
2. Welche Schritte unternahmen Sie, um eine Vernetzung von Initiativen und für die bestmögliche Unterstützung einzelner Bundesländer in ihren Bemühungen um nukleare Sicherheit bei bestehenden Anlagen Sorge zu tragen und alle Möglichkeiten, insbesondere auch bei den Beitrittsverhandlungen, zur Stilllegung von grenznahen Atomkraftwerken zu nutzen?
3. Welche Schritte unternahmen Sie, um den Auf - und Ausbau von Energiepartnerschaften mit Nachbarregionen, unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaues der Nutzung erneuerbarer Energieträger und der Forcierung der effizienten Energienutzung Sorge zu tragen?
4. Welche Schritte leiteten Sie ein, um die Förderung von Aktivitäten zur Verhinderung bzw Stilllegung von grenznahen Atomkraftwerken Sorge zu tragen?

5. Welche Schritte unternahmen Sie, um von der Regierung der Tschechischen Republik detaillierte Informationen über die im AKW Temelin realisierten technischen Lösungen in einem Umfang anzufordern, der eine qualifizierte Überprüfung auf Expertenebene ermöglicht?
6. Welche Schritte unternahmen Sie, um die Regierung der Tschechischen Republik die Erwartung zur Kenntnis zu bringen, dass österreichische Staatsbürger gleichberechtigt an diesen Verfahren teilnehmen können und bis zum Abschluss aller Verfahren keine Schritte gesetzt werden, die eine radioaktive Verseuchung der Anlage zur Folge haben könnten?
7. Welche Schritte unternahmen Sie, um eine Anpassung des Aktionsplanes vom Juni 1999 auf der Basis der akkordierten gemeinsamen Position der Bundesländer unter ihrer Mitarbeit vorzunehmen?
8. Welche Schritte unternahmen Sie, um permanent die Umsetzung der Ratsbeschlüsse vom 24. September 1998, 7. Dezember 1998 und vom 3./4. Juli 1999 einzufordern, wonach Atomkraftwerke der Beitrittsländer dem aktuellen Stand der Technik entsprechen müssen und im Rahmen der Beitrittsverhandlungen ein entsprechender Nachweis zu erbringen ist?
9. Welche Schritte unternahmen Sie, um zusätzlich zur bilateralen Ebene den vollen Zugang zu den Projektinformationen über bestehende als auch geplante oder schon in Bau befindliche Atomkraftwerke der Beitrittskandidaten im Rahmen des Beitrittsprozesses einzufordern?
10. Welche Schritte unternahmen Sie, um rasch auf höchster politischer Ebene Verhandlungen mit der tschechischen Regierung, der EU - Kommission und dem EU - Rat mit dem Ziel aufzunehmen, dass vor Durchführung der anstehenden UVP - Verfahren keinerlei Schritte wie Brennstabeinführung oder Start des Probebetriebs gesetzt werden, die zur Kontaminierung des Reaktors führen und damit vollendete Tatsachen schaffen?
11. Welche Schritte unternahmen Sie, um sich bei entsprechenden Verhandlungen mit Tschechien entschieden dafür einzusetzen, einen umfassenden Zugang zu den Projektunterlagen und Projektdokumentationen zu erlangen?
12. Welche Schritte unternahmen Sie, um sich dafür einzusetzen, dass eine durchzuführende Gesamt - UVP europäischem Standard entsprechen muss und insbesondere ausreichende Fristen, umfassende Einsichtnahme in die Projektunterlagen, vollständige Beteiligungsmöglichkeit für österreichische Bürgerinnen und Bürger und aufschiebende Wirkung gewährleistet sind?
13. Welche Schritte unternahmen Sie, um rasch innerhalb der EU Initiativen zu setzen, damit der dringende Verdacht tschechischer Dumpingstromexporte, die zu akuter Wettbewerbsverzerrung führen, umfassend überprüft wird und derartige Überprüfungen verstärkt auch für Atomstromlieferungen am Gemeinschaftsmarkt durchgeführt werden im Sinne der Drittlandsklausel der Bundesregierung?

14. Welche Schritte unternahmen Sie, um rasche Schritte zu setzen, die sicher stellen sollen, dass derartige Stromimporte aus Tschechien unterbunden werden?
15. Welche Schritte unternahmen Sie, um sich innerhalb der EU für einen einheitlichen Sicherheitsstandard für AKW's einzusetzen, der sich auf jeweiligen aktuellen Höchststand der Technik orientiert?